

Volkstimme

Einzelpreis 180 Milliarden

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volkstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummern: Für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110. — Verkaufspreis: Woche vom 10. bis 17. Dezember 850 Milliarden Mark, Abnehmer 310 Milliarden Mark.

Anzeigenpreise in Goldpfennigen: Die 10gehaltene, 27 Millimeter breite Nonpareilzeile drückt 20 Pfennig auswärts 30 Pfennig, Familienanzeigen und Stellengesuche 12½ Pfennig, Vereinskalender 20 Pfennig, die dreigehaltene 80 Millimeter breite Reklamazeile drückt 100 Pfennig, auswärts 150 Pfennig. (Eine Goldmark = ein Dollar geteilt durch 4,20.) Der gewährte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 3 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Platzverdrängungen keine Gewähr. — Postkontonummer Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 287.

Magdeburg, Sonntag den 9. Dezember 1923.

34. Jahrgang.

Konservative Niederlage in England.

Großer Erfolg der Arbeiter.

Es ist den englischen Konservativen in der Parlamentswahl vom Donnerstag doch noch übler ergangen, als es auf Grund der ersten Nachmeldungen den Anschein hatte. Sie sind zwar noch die stärkste Partei des Unterhauses geblieben, aber sie haben ihre Majorität gegenüber den vereinten beiden gegnerischen Parteien, den Liberalen und den Arbeitern, verloren.

Das lehren folgende Ziffern, die bis zum Abend des Freitags in London eingelaufen sind: Konservative 256, Liberale 144, Arbeiterpartei 184, Unabhängige 10. Der Nettogewinn der Liberalen beträgt 27, der der Arbeiterpartei 39.

Damit steht die Besetzung von 594 von 615 Sitzen fest. Die Ergebnisse der noch ausstehenden 21 Wahlkreise werden keine wesentliche Änderung in dem Stärkeverhältnis der Parteien bringen.

Im letzten Parlament hatten die Konservativen 346 Sitze inne, die Liberalen 117, die Arbeiter 145 und die Unabhängigen 7. Die einzelnen Parteien befinden sich daher in einer Stärke, die es irgendeiner Parteienregierung unmöglich machen würde, im Amt zu bleiben, falls die anderen Parteien vereint Widerstand leisten.

Da die Liberalen wie die Arbeiter es an Widerstand gegen die Konservativen nicht fehlen lassen werden, so ist das konservative Kabinett Baldwin damit erledigt. Es muß zurücktreten. Entweder in wenigen Tagen oder am Tage der Eröffnung des neuen Unterhauses, die auf den 8. Januar angesetzt worden ist.

Damit ist auch die Frage des Schutzzolls für England erledigt. Das ist für Deutschland von der größten Bedeutung, denn der Schutzzoll sollte sich nach Baldwin's Reden vor allem gegen die deutschen Erzeugnisse richten und ihnen nicht nur den englischen Markt, sondern auch den Markt der englischen Dominions in den übrigen Kontinenten verschließen. Nun ist England unser bester Kunde, wie dem Deutschland vor dem Krieg, als es noch kaufkräftig war, der beste Kunde Englands gewesen ist. Wie hätte sich das total erschöpfte Deutschland allmählich wieder aufrichten sollen, wenn neben der französischen Faust, die uns die Gurgel zudrückt, auch noch England als wirtschaftlicher Feind aufgetreten wäre?

Diese ungeheure Gefahr für Deutschlands Zukunft ist beschworen. Es ist jetzt vielmehr anzunehmen, daß von englischer Seite künftig dem hemmungslosen Imperialismus Frankreichs die Hand angelegt wird. Nicht daß etwa die Entente übermorgen gesprengt wird — nicht zu voreilig sein in Hoffnungen und Entwürfen —, wohl aber wird die neue englische Regierung gezwungen sein, schärfer und vor allem aktiver als es die konservative getan, den blindwütigen französischen Militaristen in den Arm zu fallen. Denn je länger Frankreich Europa im Kriegszustand erhält, um so geringer sind für England die Aussichten, seine Wirtschaftsmaschine wieder voll in Gang zu bringen und dadurch seine Arbeitslosigkeit zu vermindern. Um diese Arbeitslosigkeit ging ja der ganze Wahlkampf. Baldwin wollte sie mit dem Schutzzoll bekämpfen. Die Wähler haben entschieden, daß sie mit dem industriellen Aufschwung auf der Basis des Freihandels beizugehen ist. Die kommende englische Regierung ist an dieses Bortum gebunden.

Wie wird diese Regierung aber aussehen? Eine Partei allein kann nicht mehr regieren. Es muß eine Koalition hergestellt werden. Das ist für England etwas völlig Neues. Drüben hat es jahrhundertlang nur zwei Parteien gegeben: die Konservativen und die Liberalen, die sich je nach den Wahlausfällen in der Herrschaft ablösten. Als dritte Partei ist allmählich die der Arbeiter entstanden, die aber bis zum Jahre ziffermäßig keine Bedeutung hatte und daher bei der Regierungsbildung nicht in Frage kam. Vom Jahr, als die Liberalen, getrennt in zwei Lager, zusammenbrachen, wurde die Arbeiterpartei die stärkste Partei der Opposition. Das ist sie jetzt geblieben.

Nach parlamentarischen Grundregeln müßte sie zuerst zur Bildung der neuen Regierung aufgefordert werden. Es ist möglich, daß dies geschieht. Aber es wird sehr schwierig sein, den Auftrag auszuführen. Es wäre nur eine Koalition der Arbeiter mit den Liberalen denkbar, aber es ist noch nicht abzusehen, ob diese Verbindung zustande gebracht werden kann. Nicht nur des-

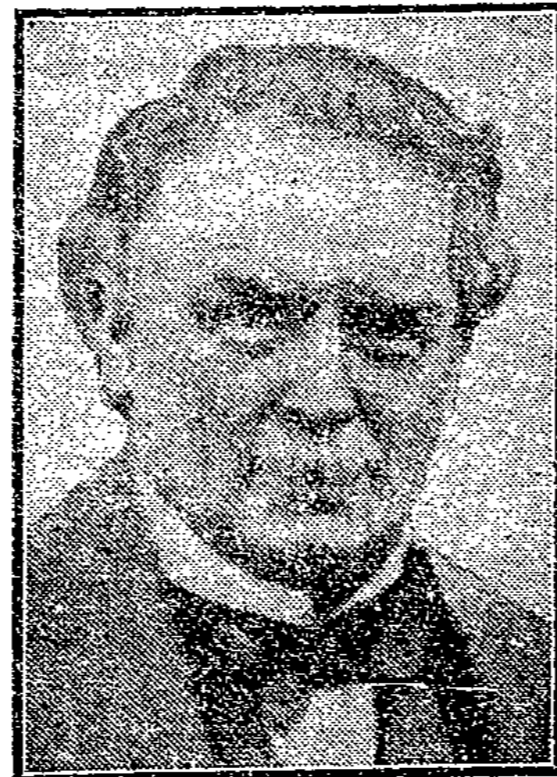
halb, weil zwischen beiden Parteien tiefe und breite Trennungsgräben gezogen sind, sondern weil der Gedanke einer Koalition für englische Köpfe etwas völlig Neues ist. Es hat nur einmal in der ganzen englischen Vergangenheit von drei Jahrhunderten eine Koalition gegeben, und dieses



Baldwin
der geschlagene Führer der Konservativen.

Kunststück hat Lloyd George während des Weltkriegs zustande gebracht. Damals galt es, alle Kräfte des Landes zur Gewinnung des Krieges zusammenzufassen. Unter diesem Druck verbanden sich Liberale und Konservative. Sowie die Preßung verschwanden, lösten die Gruppen sich wieder voneinander und die an die Herrschaft einer Partei gewöhnten Engländer atmeten auf.

Der Freihandel eint gewiß die Arbeiter und die Liberalen. Da er aber nach dem Wahlausfall gesichert ist, so werden sofort die trennenden Auffassungen und Bestrebungen in den Vordergrund rücken. Der gemeinsame



Lloyd George
vielleicht der künftige Premier.

Gegensatz zu den Konservativen wird angeht dessen als Brücke zur Koalition hinreichend genügen.

Die englische Presse ist voll von Vermutungen und Kombinationen über das kommende. Wir warnen, all die Gerüchte für bare Münze zu nehmen. Es wird langer Verhandlungen bedürfen, um drüben zu einer Klärung zu kommen. Begnügen wir uns für den Augenblick mit der Bemerkung, daß die Gefahr der englischen Absperrung vom deutschen Exportmarkt beseitigt ist.

Letzte Meldungen.

W. London, 8. Dezember. (Reuter.) Am Montag wird ein Kabinettsrat abgehalten werden. Im Laufe der Woche wird eine Versammlung der Konservativen stattfinden.

Inzwischen werden die wildesten Vermutungen in den liberalen Kreisen über den wahrscheinlichen Verlauf der Ereignisse laut. In gewissen Kreisen wird vorgeschlagen, das gegenwärtige Kabinett solle umgebildet werden und mit der

Stimmung der Liberalen im Amt bleiben. Es wird aber auch vorausgesetzt, daß im Falle des Rücktritts Baldwin's Ramsay MacDonald (der Führer der Arbeiterpartei, Red.) aufgefordert wird, ein Ministerium zu bilden. In diesem Falle wäre die Arbeiterpartei-Regierung abhängig von der Unterstützung der Liberalen. Das Programm der Arbeiterpartei würde daher nicht mehr Pläne der Kapitalsteuer oder der Nationalisierung enthalten.

In einer andern Neutermeldung heißt es: Das Ergebnis der Wahlen habe eine noch nie dagewesene politische Lage geschaffen. Drei Parteien seien in gleicher Weise nicht imstande, allein zu regieren. Die scharfen Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen machten jeden Vertrag zwischen ihnen schwierig. In politischen Kreisen herrsche große Erregung. Es werde erwartet, daß Baldwin zurücktritt. Für diesen Fall würde der König wahrscheinlich einen andern Konservativen mit der Kabinettsbildung betrauen, da die Konservativen auch jetzt noch die stärkste Partei im Unterhaus seien. Wahrscheinlich würde dann Lord Derby berufen werden. (Dieses Ministerium würde von den Arbeitern und den Liberalen dann in der ersten Sitzung schon gestürzt werden. Ein konservatives Kabinett ist nach dem Ausfall der Wahlen glatt unmöglich. Red.)

W. London, 8. Dezember. Reuter meldet: Viele politische Persönlichkeiten sind gestern aus ihren Wahlbezirken nach London zurückgekehrt. Auf den Eisenbahnstationen kam es zu heftigsten Kundgebungen. Asquith wurde von einer großen Menschenmenge mit Jubel empfangen. In einer Rede sagte er: Der Freihandel ist gerettet, der Schutzzoll ist tot und liegt für immer im Grab. Andre Politiker äußerten sich zurückhaltender über die Lage, besonders Churchill. Der Gesundheitsminister Sims jagte gestern bei einem Festessen in London: Wir werden uns an den Gedanken gewöhnen müssen, daß drei große Parteien vorhanden sind und daß eine Koalition zwischen zweien davon ermöglicht werden muß.

Ausgehobene Putschisten.

Der Berliner politischen Polizei ist in den letzten Tagen ein guter Jagd gelungen. Es gelang ihr, in Berlin eine Führerschaft und eine Mannschafstübernahme einer rechtsradikalen illegalen Organisation, deren Oberleitung in Mecklenburg ihren Sitz hat, auszuheben und 60 Verhaftungen vorzunehmen. Die Verhöre der Offiziere und Mannschaften geben ein interessantes Bild von der Fähigkeit und Dreistigkeit, mit der diese Formationen nach wie vor auf einen Rechtsputsch hinarbeiten. Schlüssige Beweise sind dafür erbracht, daß die Organisation, die aus einer zu Beginn des Jahres in Berlin gebildeten „Turnerschaft“ hervorgegangen ist, militärischen Charakter trägt und im Besitz von zahlreichen Waffen ist, mit denen zu gegebener Zeit ein Rechtsputsch unterstützt werden sollte. Die Leute an der Spitze, ein Hauptmann Ranshorn, die Oberleutnants Hildebrand und Mallwitz, ein Leutnant Hudrod u. a., gelten schon lange als Organisatoren in der rechtsradikalen Umsturzbewegung. Die Rolle eines Werbers hatte ein gewisser Schulz übernommen, der sich selbst zum Feldwebel befördert hat.

Die Berliner Zentrale dieser Putschorganisation arbeitete Hand in Hand mit dem Landbund in Mecklenburg. Wer von den Soldlingen in Berlin keinen Beruf hatte, wurde auf die dortigen Güter verteilt. Als Dreifachkommando, Flurschützen, Waldarbeiter oder Forstgehilfen wurden sie zum Schein mit leichten Arbeiten beschäftigt. Tatsächlich aber sind sie mit Waffen und Ausrüstungsgegenständen versorgt und in Instruktionsskizzen und Exerzierübungen militärisch ausgebildet worden. Mitglieder des Landbundes stellten dazu Lastkraftwagen und sonstige Fahrzeuge zur Verfügung.

Wenn man die engen Beziehung zwischen dem Reichslandbund und dem Deutschnationalen kennt, und hier sieht, wie die Agrarier systematisch auch in Norddeutschland den Rechtsputsch mit illegalen Organisationen vorbereiten, dann kann man ermaßen, wie ernst es der deutschnationalen Reichstagsfraktion bei dem Versuch der Bildung eines Kabinetts Stegerwald mit ihrer Erklärung war, als Regierungspartei jede illegale Organisation zu bekämpfen. Diese deutschnationale Zusicherung war mit derselben Aufrichtigkeit abgegeben wie die der sächsischen und thüringischen Kommunisten, als diese in die Regierung ihrer Länder eintraten.

gische Bauernbund, in der Hauptsache eine Partei der Kleinbauern, steht vorerst noch zu sehr unter dem Einfluß der großbäuerlichen Landblinde im Reiche, so daß auch mit ihm noch nichts anzufangen ist.

Eine Landtagsauflösung ist unter dem Belagerungszustand für die Arbeiterschaft nicht ohne Gefahr, weil der Verlust von nur wenigen Mandaten — sei es der Kommunisten oder der Sozialdemokraten — eine bürgerliche Mehrheit bringen würde. —

Das bewucherte Volk.

Bei der Fortsetzung der Aussprache über die Not des Volkes im Preussischen Landtag gab Landwirtschaftsminister Dr. Wendorf am Freitag zunächst die Versicherung ab, daß die Staatsgewalt rücksichtslos gegen diejenigen vorgehen werde, die die Not des Volkes durch Ueberpreise steigerten und die Preise für Lebensmittel nicht dem Stande der Währung anpassen. Widerspruch bei der Rede erregte keine Bemerkung, daß die steuerliche Belastung der Landwirtschaft die Grenze des Erträglichkeit nicht überschritten habe. Der Demokrat Wachholtz verlangte eine schärfere Kontrolle der Preispolitik der Kartelle und Syndikate. Dann nahm der Präsident des Landesspolizeiamts, Genosse Grzesinski, das Wort:

Die heutige Preisgestaltung ist in der Tat vielfach ungesund. Auf Kosten der Verbraucher sind in vielen Fällen übermäßige Gewinne erzielt worden. Die Hauptursache liegt in dem Währungsverfall. Die seit Mitte Oktober von den Warenbesitzern vorgenommene Heraushebung der Grundpreise wird den Konsumverhältnissen nicht gerecht. Die in die Papiermarktpreise einkalkulierten Entwertungszuschläge sind beibehalten worden. Dadurch ist Deutschland zurzeit

Das teuerste Land der Welt,

obwohl es mit zu den billigsten gehören müßte. Der Preis für Weizen war vor dem Kriege 30 Pf., er betrug Ende Oktober 56, Ende November 66 Pf.; die entsprechenden Ziffern für Butter sind 72, 261, 600. Ein Ei kostete im November 1913 8 1/2, Ende November 1923 40 Pf. Die Hauptursache an dieser Preisgestaltung tragen die Händler mit. Es ist ein durchaus ungeänderter Zustand, wenn bei vermindertem Umsatz die Zahl der Handelsreisenden ganz beträchtlich gestiegen ist. Nach den Erhebungen der Preussischen Hauptlandwirtschaftskammer war im September dieses Jahres der Erzeugerpreis für Roggen 86 Prozent des Vorkriegspreises, hatte diesen aber in der zweiten Hälfte November schon überschritten. Bei Butter sind die entsprechenden Ziffern 82 und 121 Prozent, bei Schweinen 110 und 224 Prozent.

Nur mit normalen Preisen

Kommen wir wieder zu normalen Verhältnissen. Mit Polizei, Staatsanwälten und Gerichten allein können jedoch solche rein wirtschaftlichen Fragen nicht gelöst werden. Immerhin hat das Eingreifen der Polizeibehörden mit Erfolg wucherische Wuchererhintertrieben. Das in den letzten Tagen eingetretene Sinken der Preise ist noch durchaus ungenügend. In der preussischen Polizeiverwaltung sind im August 10 975 Wucherfälle der Staatsanwaltschaft überwiesen worden, im September rund 9000, Oktober 12 000, November 15 000. Die Preisentwicklung bei Industrieerzeugnissen macht den Eindruck, als ob überhaupt nicht mehr in Deutschland kalkuliert wird, besonders bei Firmen, die sich einer Monopolstellung erfreuen.

Abg. Frau Ehrlichmann (Soz.): Am schwersten von der großen Not getroffen werden unsere Kinder; das Material der Schulranzen geht dabei ein erschreckendes Bild. In Thüringischen Orten sind mehr als

brei Viertel aller schulpflichtigen Kinder

hochgradig unterernährt. Aber nicht nur an Lebensmitteln mangelt es, in einer Kösliner Volksschule waren von 42 Schulkindern nur 7 mit einem Hemde bekleidet. Eine Folge der furchtbaren Not ist die zunehmende Verwahrlosung der Jugend. Die wirtschaftliche Lage in Bayern ist eher noch schlimmer als in Preußen, wodurch der Vorwurf, daß der Marxismus und die Revolution an dem wirtschaftlichen Elend schuld seien, von selbst erledigt würde.

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Teichheid (Ztr.), Meyer (Vielefeld, Di.-nahl.), Stolberg (Hannover, Di. Vb.) befragte sich um 1/4 Uhr das Haus auf Vorschlag des Präsidenten auf Mittwoch den 12. Dezember, mittags 12 Uhr. Kommunist Ras protestierte dabei dagegen, daß der Landtag eine Pause mache, um seinen Mitgliedern die Teilnahme am sogenannten „Rheinischen Parlament“ zu ermöglichen. —

Bairische Schwerelei.

Die bairische Regierungskrise ist vorläufig beigelegt. Die bairische Volkspartei hat sich für das Verbleiben des jetzigen Ministeriums entschieden. Der Finanzminister hat sein Rücktrittsgesuch zurückgezogen. Der Mode folgend, soll das Ministerium sein eigenes Ernährungsgeheim erhalten.

Für die Zustände in der bairischen Ordnungszelle sind Mitteilungen des Innenministers Schweyer über den Ludendorff-Putsch sehr aufschlußreich. Danach war die Bürgerhaus-Versammlung polizeilich stark gesichert. Zahlreiche Beamte in Zivil waren im Saal und zwei in der Nähe liegende Polizeikationen waren erheblich verstärkt und Landespolizei lag in nächster Nähe in Alarmbereitschaft. Warum diese starken Polizeikräfte nicht eingegriffen haben? Das weiß der Polizeiminister der Ordnungszelle heute noch nicht. Schweyer meinte, über der Verwendung dieser Kräfte liege ein gewisses Dunkel. Festgestellt sei bisher, daß ein höherer Polizeibeamter mit den Putschbrüdern eng zusammengearbeitet habe. Dieser Beamte, Polizeirat Friedl, sei deshalb in Untersuchungshaft, andre Beamte seien aus dem gleichen Grund entlassen.

So sieht es in der bairischen Polizei aus! Ob es nicht not-

wendig wäre, die bairische Polizei auf eine „überparteiliche Grundlage“ zu stellen? Nicht besser sieht es in den bairischen Schulen aus. Der Kultusminister selbst erklärte, die monatelange Agitation habe sich sehr unerfreulich ausgewirkt. An den Hochschulen seien mündige Menschen, die nicht immer die Einsicht von mündigen Menschen besäßen.

Sozialdemokraten, Demokraten und andre Leute, die nicht von nationalen Phrasen triefen, haben das vor Monaten schon gesagt. Damals nannte man das auch von hohen bairischen Regierungskreisen den Ausfluß marxistischer und jüdischer Verheerung.

Dollar Amtliche Notiz 4,2 Billionen

Hungertrawalle im Reiche.

Nachdem in den letzten Tagen in Dresden wiederholt Zusammenrottungen von Arbeitslosen erfolgt waren, kam es am Donnerstag an verschiedenen Stellen in der Umgebung Dresdens zu Zusammenstößen mit der Polizei, so in Grimma und Pirna, wo im Verlauf einer größeren Demonstration erheblicher Unruhe getrieben wurde.

In Freital fand eine nicht genehmigte Versammlung Erwerbsloser statt, zu der sich auch aus benachbarten Orten etwa 2000 Menschen eingefunden hatten. Nach Schluß der Versammlung formierten sich die Teilnehmer zu einem Demonstrationzug und drangen schließlich in eine Polizeiwache ein. Ein Polizeieinsprenger wurde schwer mißhandelt. Hierauf marschierte der Zug zum Amtsgericht und befreite zwei Gefangene. Ein Trupp plünderte in der Eggenmühle die Milchvorräte. Von Dresden nach Freital beorderte Polizei stellte die Ruhe wieder her.

Auch in Dresden kam es zu neuen Zusammenstößen, die jedoch keinen ernstern Charakter annahmen.

In Bautzen fanden auf kommunistische Verreibungen hin Erwerbslosendemonstrationen statt. Die Polizei löste die Menge auf; da sie sich aber immer wieder neu bildeten, wurde Reichswehr eingesetzt, welche Streifen auf Automobilen durch die Straßen unternahm. Als sich am Abend von neuem Zusammenrottungen auf dem Kornmarkt bildeten, wurde dieser von der Polizei unter Anwendung des Gummistifts gesäubert.

Am Dienstag spät abends kam es in Wollentzettel zu größeren Erwerbslosendemonstrationen. Mehrere Geschäftshäuser wurden schwer heimgesucht, Wäderschäden geplündert. Es gelang der Stadtpolizei, allmählich die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Am Mittwoch nachmittag sammelten sich auf dem Stadtplatz wiederum größere Menschenmengen an. Erst der wieder herbeigerufenen Drauzugwägen Schutzpolizei gelang es, die Ansammlungen zu zerstreuen. Etwa 40 Personen wurden verhaftet.

Am Donnerstag vormittag kam es in Breslau zu Plünderungsversuchen einiger Gruppen jugendlicher Erwerbsloser, die jedoch von der Schutzpolizei rasch und ohne Blutvergießen zerstreut wurden.

In Köln ist es ebenfalls am Donnerstag zu blutigen Zusammenstößen und Plünderungen gekommen. Drei Demonstrationen wurden schwer, zwei leichter verlegt. 14 Personen wurden wegen Plünderung verhaftet. —

Ein tschechisches Panama.

Seit längerer Zeit beschäftigt die tschechische Öffentlichkeit ein Spirituspanama: die Versteigerung von Politikern durch die Spiritusfabrikanten. Die Spiritusindustrie hat sich nämlich unter dem Schutze der Regierung auf Kosten des Staates unerschämte bereichert, da der Staat ihnen viel höhere Preise zahlt, als die Weltmarktpreise betragen. So kostete im Jahre 1918 das Hektoliter Spiritus auf dem Weltmarkt 200 tschechische Kronen, der Staat aber zahlte ihnen 350 Kronen, so daß er ihnen in jenem Jahr allein 18 Millionen Kronen zum Geschenk machte. Ähnlich in den nächsten Jahren. Im Jahre 1921 kostete ein Hektoliter Spiritus 400 Kronen, der Staat zahlte ihnen aber 1100 Kronen, also nahezu dreimal so viel. Man berechnet, daß im vorigen Jahre die Genossenschaft der landwirtschaftlichen Spiritusbrenner nicht weniger als 335 Millionen tschechischer Kronen als Geschenk erhielt.

Nun steht diese Genossenschaft unter der Regide der Zinostenska Banka, bei der der jetzige Finanzminister Becka früher Mitglied des Verwaltungsrates war. Der Obmann der Genossenschaft ist der Präsident des Senats, Braschel.

Nun ist auch noch bekanntgeworden, daß die Spiritus-erzeuger für jedes Hektoliter Spiritus an die Spiritusgenossenschaft einen Beitrag zu leisten haben, der in einen „Vertrauensfonds“ floß, dessen Verwendung Braschel zustand. ... Die dem Dispositionsfonds flossen in den letzten 3 Jahren mehr als 33 Millionen tschechische Kronen zu.

Nun haben zwei nationaldemokratische Blätter die tschechischen Sozialdemokraten beschuldigt, aus diesem Fonds 10 Millionen als Spende erhalten zu haben. Diese erklärten das als Lüge und drohten sogar, wenn ihnen für diese Verleumdung nicht Genugtuung werde, aus der Koalition auszutreten. Der tschechische Abgeordnete Kemeš brach die Angelegenheit auch im Abgeordnetenhause zur Sprache, wobei er in die Tasche des Staates

und in den Korruptionsfonds der Spiritusgenossen hineinschleuderte.

Im Senat haben die deutschen Sozialdemokraten den Antrag eingebracht, es möge zur Klärung der Spiritusaffäre ein Untersuchungsausschuß eingesetzt werden. Dieser Antrag wurde aber abgelehnt, nachdem Braschel erklärt hatte, daß den Senat seine Tätigkeit als Obmann der Spiritusgenossenschaft nichts angehe. Für die Einsetzung des Ausschusses sprachen sich tschechischen Sozialdemokraten aus, mußten aber unter dem Einfluß der Regierung zurückweichen, worauf sich die Mehrzahl von ihnen der Abstimmung enthielt.

Die Angelegenheit ist durch die Abstimmung im Senat natürlich nicht zur Ruhe gekommen, zumal da der tschechische nationalsozialistische Abgeordnete Seidel erklärt hat, daß im vorigen Jahre die Spiritusgenossenschaft auch ihn habe bestechen wollen, was er aber abgelehnt habe.

Das „Rude Pravo“ hat nun in einem dem Blatte „Wirtschaft“ entnommenen Artikel unter dem Titel „Der Preis der Verdächtigen erweitert sich“, den Finanzminister und die Zinostenska Banka heftig angegriffen, indem es das Finanzministerium beschuldigte, 3 Millionen aus dem Dispositionsfonds der Spiritusgenossenschaft für die Vermittlung eines Vertrags zwischen dieser und dem Staat angenommen zu haben.

Wie nun die „Morodni Listy“ berichten, hat der Justizminister auf Ansuchen des Finanzministers gegen das „Rude Pravo“ das Strafverfahren angeordnet. Man wird also, wenn es sich die tschechische Regierung nicht noch überlegt oder wenn sie nicht den Prozeß ungebührlich einschränkt, hoffentlich Auskunft über die Bestechungen und über die Bestechenen erhalten. —

Notizen.

Die Leipziger Metallarbeiter-Aussperrung aufgehoben. Die Aussperrung der Metallarbeiter in Leipzig ist durch Vermittlung des Mehrheitskommandos beigelegt worden. Ein Schlichtungsgeschicht fällte einen Spruch, der die 48-Stunden-Woche beibehält, darüber hinaus aber zwei weitere Arbeitsstunden zum Normallohn vorseht. Der Spitzenlohn beträgt 48 Goldpfennige pro Stunde. Maßregelungen sollen nicht vorgenommen werden. Mitgeteilt soll hierbei noch werden, daß die „Christlichen“ während der Arbeit in diesem Kampfe übten. Nachdem sie einige Tage mit auf der Straße gelegen hatten, wurden sie von ihren Gewerkschaftsführern aufgefordert, am Montag den 3. Dezember die Arbeit wieder aufzunehmen. Sie trugen zu Kreuzen, trotzdem die Aussperrung ein brutaler Willkür der Unternehmer war, die einen Schiedspruch des Leipziger Schlichtungsausschusses, der 50 Goldpfennige vorschlug, nicht anerkennen wollten. „Seht „Christlich“, der Hinauswurf der Arbeiter, sowie auch die Demütigung, die von den Profamen leben will, die von ihrer Herren Tische fallen. —

Wiederenaufnahme des staatlichen Begebenbetriebs. Am Donnerstag fanden Verhandlungen zwischen Vertretern des Handelsministeriums, der Grubenverwaltungen und der Betriebsräte der staatlichen Begebenheit statt, die zu der Vereinbarung führten, daß am Montag den 10. Dezember die Arbeit auf den staatlichen Gruben im Ruhrgebiet in vollem Umfang wieder aufgenommen wird. Die Arbeiter werden wieder eingestellt, bis auf einen geringen Teil der Kohlearbeiter, die vorläufig nach der Erwerbslosenfürsorge überlassen bleiben müssen, weil die Koksöfen noch nicht im Betrieb sind. —

Gesetz und Arbeitsunten. Das Reichsarbeitsministerium befreit die Minderheit der Rechtsauffassung über den Achtstundentag, wie sie Reichstagsabgeordneter Wittmann vor kurzem dargelegt hat. Wir wünschen, daß der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund eine Rechtsentscheidung so schnell als möglich herbeiführt. —

Verminderung der Abgeordnetenzahl im Reichstag. Im Neuesten Ausschuss des Reichstags schlägt Präsident Lobe vor, die Zahl der Abgeordneten auf die Hälfte zu vermindern. Der Deutschnationale Schulz (Bromberg) widerspricht einer Herabsetzung. Ein Beschluß wurde noch nicht gefaßt. —

Steuergahlung in Goldmark. Weil das Ermächtigungsgesetz nicht rechtzeitig verabschiedet wurde, hat die Reichsregierung eine Verordnung auf Grund des Artikels 48 erlassen, nach welcher die im Dezember fälligen Steuern in Goldmark bezahlt werden müssen, und zwar die Rhein- und Ruhr-Abgabe und die Umsatzsteuer, die letztere rückwirkend ab 1. November 1923. —

Der neue Dresdner Polizeipräsident. Der Wehrkreis-Kommandeur hat an Stelle des von ihm abgesetzten sozialdemokratischen Polizeipräsidenten in Dresden den Volksparteier Puzger ernannt. —

Depeschen.

Harzsteinbrüche stillgelegt.

Hr. Braunschweig, 8. Dezember. Die Steinbruchbesitzer des Inneren-Harzes und seiner Umgebung haben sämtlich ihre Betriebe geschlossen und die Belegschaften entlassen. In Wildemann allein werden dadurch nahezu 150 Familien erwerbslos. Wie verlautet, hängt die allgemeine Betriebsstilllegung mit Differenzen zwischen den Unternehmern und der Eisenbahn über Güterverkehrsfragen zusammen. Auch die Annulierung großer Schotteraufträge durch die Eisenbahnverwaltung soll bei dem Vorgehen der Steinbruchbesitzer mitbestimmend gewesen sein. —

„Eaubrderung“ der Betriebe.

Hr. Braunschweig, 8. Dezember. Die vor einigen Tagen wegen passiver Resistenz und Sabotage der Arbeiterschaft geschlossene Pianofortfabrik von Zeitzer u. Winkelmann hat ihren Betrieb mit teilweise neu eingestellten Arbeitern wieder aufgenommen. —

Was schenken Sie?

Nur nichts Ueberflüssiges, werden Sie sagen; und Sie haben recht!

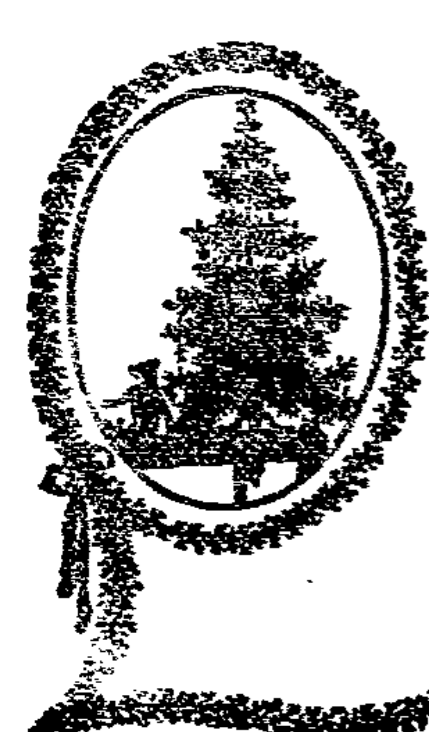
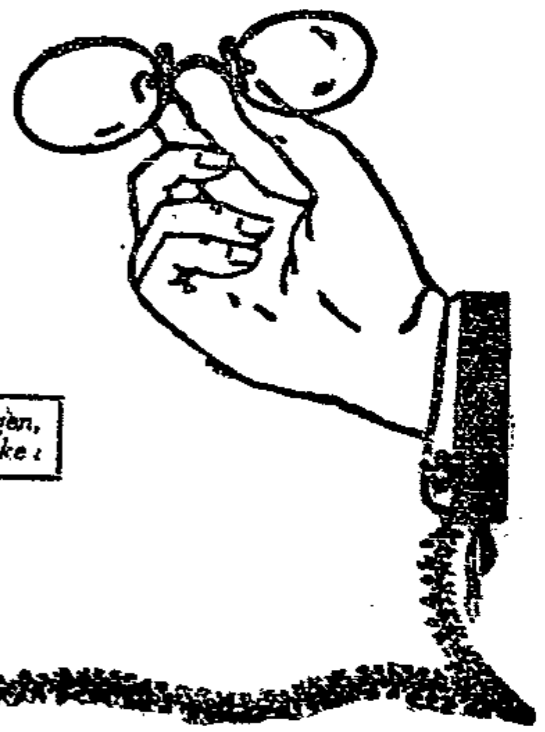
Wenn Sie aber einem Ihrer Lieben mit einem schönen Opernglas oder mit einem Kneifer, einer Brille oder einer Lorgnette eine rechte Weihnachtsgeschenke machen können, so haben Sie ein nützliches Geschenk von bleibendem Wert gemacht. Wenn das Augen Glas noch dazu von der Firma Optiker Ruhnke kommt, so weiß der Empfänger, daß es

gediegen und seinen Preis wert ist. Sie brauchen sich aber nicht mal den Kopf zu zerbrechen über die Nummer der Blätter oder ob Sie einen Kneifer, eine Brille oder eine Lorgnette wählen sollen. Sie kaufen einfach bei uns einen Entschleuniger über den Betrag, den Sie ausgeben wollen. Wir übernehmen mit Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit die Auswahl und das Anpassen für den Beschenkten auch nach dem Fest ohne Kosten für Sie.

Optiker Ruhnke

26 Breiteweg 26

Sind's die Augen,
Geh zu Ruhnke!



Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 10. Dezember 1923.

Friedensmiete in Sicht.

Eine Berliner Korrespondenz teilt über die Absichten der Reichsregierung folgende Einzelheiten mit:

Unter Aufhebung des Reichsmietengesetzes vom 24. März 1923 wird vom 1. Januar 1924 an der gesetzliche Mietsfuß der Friedensmiete, und zwar vom Stande des 1. Juli 1914, zugrunde gelegt werden.

Dieser Hundertsatz, der im Januar 25 Prozent beträgt, ist progressiv gestaltet, so daß am 1. Oktober 1924 die volle Friedensmiete erreicht sein wird.

Der Vermieter erhält nicht den auf diese Weise ermittelten vollen gesetzlichen Mietzins, sondern nur einen Betrag, der sich wieder aus der Verbilligung der Friedensmiete mit einem diesmal geringern Hundertsatz des Index zusammensetzt.

Die für den Vermieter in Betracht kommenden Hundertsätze sind: Vom 1. Januar 1924 an 25 Prozent, vom 1. Februar 1924 an 27 Prozent, vom 1. März 1924 an 32 Prozent, vom 1. April 1924 an 34 Prozent, vom 1. Mai 1924 an 35 Prozent, vom 1. Juni 1924 an 36 Prozent, vom 1. Juli 1924 an 37 Prozent, vom 1. August 1924 an 38 Prozent, vom 1. September 1924 an 39 Prozent, vom 1. Oktober 1924 an 40 Prozent, vom 1. November 1924 an 50 Prozent.

Die Mietzinssteuer ist demnach der Betrag, um den die gesetzliche Miete den Anfall des Hauseigentümers oder Vermieters übersteigt. Die Mietzinssteuer soll zum erstenmal ab 1. Februar 1924 erhoben werden.

Vom 1. Januar an werden Vereinbarungen zwischen Mieter und Vermieter, die eine höhere Miete als die vom 1. Januar an neu festgesetzte gesetzliche Miete enthalten, unwirksam.

Angenommen, die Angaben der Korrespondenz entsprechen der Wahrheit, dann bedürfen Einzelheiten jedenfalls noch sehr der Aufhellung.

Wenn die Mieten zum Zwecke von Neubauten erhöht werden, könnten sich auch die Mieter einverstanden erklären. Die künftige Förderung des Wohnungsbauwesens ist notwendig, sollen gesunde Verhältnisse im Wohnungswesen und auch in der Preisgestaltung für Wohnungen herbeigeführt werden.

Es muß auch Arbeit geschafft werden. Zu welchem Zweck aber die von ihnen früheren Schuldenlasten befreiten Hausbesitzer im Laufe ganz kurzer Zeit wieder über 50 Prozent der Friedensmiete befrüchten sollen, wird niemand einzusehen vermögen.

30 Prozent werden sie jedenfalls nicht zur Reparatur der Wohnungen, sondern zur neuen Kapitalbildung ausnutzen, die jetzt nach der vollständigen Veränderung der Verhältnisse durchaus ungeschicklich erscheint.

gemorden ist, daß die Nichtsteuer die Besorgungszuschüsse des Reiches an die Gemeinden ersetzen soll. Gegen die Steuer werden auch die Hausbesitzer rebellieren, die schon Anspruch auf volle Ausnutzung der früheren Friedensmiete erhoben hatten.

Metallarbeiter!

Alle Gewerkschafter Magdeburgs sehen auf euch, für wen ihr euch in der Generalsammlung entscheidet werdet. Sie erwarten, daß ihr euch entscheidet für die Vorschlagsliste Kaulfers!

Die gesetzliche Miete für Untermieter.

Der Magdeburger Untermieterverein, Wohnungswohlfahrt und Selbsthilfeverband schreibt uns:

Vielfach irrige Anslegungen der vom Mietvereinigungsamt herausgegebenen Bekanntmachung über Untermietverträge (gesetzliche Mietmiete) geben uns Veranlassung zu folgender Richtigstellung: Die Verordnung vom 28. 11. 23 beschränkt sich lediglich auf eine Aenderung der bisher gültigen Bekanntmachung vom September des Jahres in ihrem § 6, der die Mißbilligungserwiderlichkeit festlegt.

Angenommen, es handelt sich um ein mittleres Zimmer, das vor Kriegsausbruch inklusive Bohnenkaffee des Morgens, mit Butterbrotchen und Milchbeigabe, Stiefelpuß, Kleiderreinigung, Bettwäsche und Handtücherbelieferung sowie Sauberhaltung der Zimmer, mit 25 Mark bezahlt wurde, und eine räumliche Einrichtung folgender Art fast durchgängig enthielt: Bett, Nachttisch mit Marmorplatte, Waschtisch mit Marmorplatte, und Spiegelaufsatz, Schreibtisch mit Stuhl, Sofa oder Chaiselongue, Schrank, Bettsofa, Trumeau, Mitteltisch mit zwei Sesseln oder guten Rohrstühlen, Teppich, Stores mit Uebergardinen an den Fenstern, angenommen also es handelt sich um solch mittleres Zimmer von 25 Mark Friedensmiete, so ergibt sich nach Abzug von 20 Prozent, d. h. 5 Mark, eine Grundmiete von 20 Mark monatlich.

Zu dieser Grundmiete treten nach § 4 der Verordnung über die gesetzliche Miete die den Hauptmietern auferlegten Zuschläge in den festgesetzten Hundertsätzen. Die Höhe ist nach der Zahl der Zimmer unter angemessener Berücksichtigung der Größe, Lage und Wohnlichkeit des Zimmers des Untermieters zu berechnen.

Errechnungsbeispiel:

Grundmiete des Untermieters 20 Mark
Nachzuweisende Grundmiete des Abvermieters (Friedensmiete) abzüglich 21 Prozent, sagen wir 500 Mark im Jahr, das sind im Monat 41,70 Mark x 98 000 000 000 = 4 083 600 000 000 Mark.

Angenommen der Untermieter hat ein Drittel der Wohnung inne = ein Drittel von 4 083 600 000 000 = 1 361 200 000 000 Mark das sind insgesamt 1 361 200 000 020 Mark

Hierzu tritt ein Drittel sämtlicher heute sehr beachtlicher Betriebskosten und die Mißbillige von 2 500 000 000 000 Mark für den Monat. Die Sauberhaltung des Zimmers, welche vorzugsweise zur Erhaltung der Einrichtung der Abvermieters vorgenommen wird, Kosten für Beleuchtung usw. sind Nebenleistungen, welche einer angemessenen Entschädigung unterliegen.

Bemerkte man hier noch, daß das Mietvereinigungsamt, um den Begriff der besten Zimmergruppe zu verdeutlichen, uns sowohl schriftlich wie mündlich bestätigt hat, daß es naturgemäß nur erstklassig ausgestattete Zimmer mit der Einrichtung gegenläufige-Hebelanlassungsgebühr von 5 Goldmark belegt. Erstklassige Zimmer enthalten Luxusmöbel in gediegener Ausführung usw.

Wenn du noch einen Nickel hast . . .

Das Durch-, Neben- und Nebeneinander unserer Valuta kann nicht mehr überboten werden. Jetzt fehlen einzelne Geschäftsteile sogar zu den alten und schon längst vergangenen Zahlungsmitteln zurück, und Optimisten unter den Käufern prophezeien bereits, daß die alten

kleinen Geldscheine, die fünfzigtausender, hunderth und Millionenheine, bald wieder zu Ehren kommen werden.

Dieser Optimismus hat gewiß etwas Verführerisches, aber noch mehr Verhängnisvolles und Verhängnisvolles. Wenn man heute hört, daß der Handel beim sinkenden Dollar wieder eine geradezu rührende Liebe für die von ihm einst so beachtete Papiermark zeigt, so daß er sogar Kabbat bei Zahlung in Papiermark, nicht aber bei Zahlung in Rentenmark gibt, kann man beinahe dem oben

Optimismus folgen. Man darf dann vielleicht auch daran glauben, daß das einstmals ausgegebene Aluminiumgeld, soweit nicht Fingerhüte daraus geworden sind, gern gesehen und demnächst gesucht werden wird. Augenblicklich beherrscht der alte Groschen aus Ni... die Situation. Für diese Goldzweihundert kann man sich in manchen Geschäften mancherlei schöne Sachen, wie Butter, kaufen. Und man sollte es gar nicht glauben, wie viele Menschen es gibt, die noch reichlich Nickelgroschen besitzen, die sich diese unscheinbaren Münzen, nun lagen wir mal aus Pietät, aufbewahrt haben und deren frommes Gedenden nun volle Belohnung findet. Wer sich also im glücklichen Besitz von Nickelgeld befindet, freut sich, daß er nun wieder so gute Anwendung dafür hat und so billig damit einkaufen kann.

Doch man soll sich niemals beim Abschluß von Geschäften mit dem Handel heute freuen. Dieser Handel und diese Händler, die im Laufe der letzten Jahre so herzzerreißende Klagen über ihr hartes Los angestellt haben, die Statistiken vorlegten, aus denen sich ergab, daß sie dreimal in der Woche die Substanz verloren haben, diese Herrschaften mühten immer auf ihren Vorteil: zu kaufen und die Käufer waren immer die Dummen. So geht es auch mit den Nickelgroschen. In Hamburg wird nämlich dieses Geld schon seit längerer Zeit als volles Zahlungsmittel angesehen und höher bewertet als von den Kaufleuten, die die Nickel nach Hamburg bugfieren und auf diese Weise billig zu Ware beim Engros Händler kommen.

So hat die schöne Melodie: Wenn du noch einen Nickel hast, einen bitteren Beigeschmack, wie alles, was mit dem Handel zusammenhängt.

Erneuerung.

Vor dem gut bürgerlichen Hause stand ein Auto, das zur Hochzeitfahrt bestimmt war. Man sah es an den grünen Netzen, den kleinen Fächchen aus weißem Schleiergarn, die über das Verdeck wehten.

An dem Haus und dem Hochzeitswagen vorüber passierte ein schwerfälliger Lastwagen. Die Pferde dampften in der feuchtkalten Spätherbstluft, der Kutscher sah mit finstern Gesicht auf seinem hohen Sitz. Auf dem Wagen türmte sich eine Last bieder, schmutziger Säcke. Allem Anschein nach waren sie gefüllt mit Lumpen und andern Abfällen.

Es ist nichts Besonderes, wenn ein Lastwagen mit schmutzigen Lumpensäcken in der Großstadt an einem Hochzeitsauto vorbeifährt. Es wäre nicht wert, erwähnt zu werden, wenn nicht mit den beiden Wagen auch zwei Menschenchicksale sich begegnet hätten. Ein paar Meter hinter dem Lastwagen schritten vier Arbeiterinnen, die offenbar zu dem Fußwerk gehörten. Sie waren über und über mit Staub bedeckt, trugen ihr Haar in grane Tücher gewickelt. Ihre Gesichter waren bleich wie die Stoffhücher. Man sah nicht, ob in der Winterkälte das Blut aus ihren Wangen gesunken war, oder ob auch ihre Gesichter vom Staube der Arbeit überzogen waren.

Es war eine darunter, die über die schwarze, nasse Straße schritt wie eine Braut zum Hochzeitsfest. Sie war von grauem Staube bedeckt wie die andern, trug das Haar verhüllt und ging im ärmlichen Arbeitskleid wie diese. Aber durch ihren schlanken Körper lief ein Rhythmus wie Gesang und Tanz.

Aus dem grauen Tag griff plötzlich eine unsichtbare Hand, heimtückisch und brutal, hielt die Schlanke fest. Ein heftiger Hustenanfall erschütterte den jungen Körper. Sie wandte sich ab und presste ein Taschentuch vor den Mund. Als sie ihren Arbeitschwestern nachging, war in ihr alle Spannung zerbrochen, ihr junger Stolz war irgendwo hingefahren wie ein ungesteuerter Vogel.

Eine Arbeiterin hörte man deutlich sagen: „Sie spuckt immerzu Blut.“

Viele Monate hindurch hatte ich das schlaue Mädchen jeden Tag getroffen, wenn wir zur Arbeit gingen. Im Frühling und im Sommer. Sie trug im Frühling jeden Morgen das Blau durch die graue Straße der Arbeiterstadt und im Sommer die Sonne im Haar wie einen Goldschopf. Von ihr ging immer ein seltsamer Hauch von Lebensmut und froher Kraft aus. Man

Erste Liebe.

Von J. S. Turgenjew.

(11. Fortsetzung.)

Hjelomjorow trat ein; ich freute mich über sein Kommen. „Ich habe für Sie kein ruhiges Reitpferd gefunden,“ begann er in mürrischem Tone. „Der Händler Freitag will mir zwar für eine Garantie leisten, aber ich traue der Sache nicht. Ich bin doch ängstlich.“

„Wobor sind Sie denn ängstlich, wenn man fragen darf?“ erwiderte Sinaida.

„Wobor ich ängstlich bin? Sie können ja nicht reiten! Da kann alles Mögliche vorkommen, Gott behüte Sie! Was ist Ihnen nur auf einmal für eine Marotte in den Kopf gekommen?“

„Nun, das ist meine Sache, mein Herr Brummbar! Unter diesen Umständen werde ich Peter Wasiljewitsch bitten . . .“ (So hieß mein Vater. Ich war erkrankt darüber, daß sie keinen Namen zu ohne weiteres und so unangelegentlich vorbrachte, als sei sie von seiner Bereitwilligkeit, ihr einen Dienst zu erweisen, von vornherein überzeugt.)

„Ala! erwiderte Hjelomjorow. „Also mit dem wollen Sie wohl ausreiten?“

„Mit ihm oder mit einem andern. — das kann Ihnen ganz gleich sein. Jedenfalls nicht mit Ihnen.“

„Nicht mit mir,“ wiederholte Hjelomjorow. „Nun, wie Sie wollen. Schön, ich werde Ihnen ein Pferd besorgen.“

„Aber passen Sie nur auf, daß es nicht irgend so ein Skepper ist. Denn ich sage Ihnen: ich will Galopp reiten.“

„Reiten Sie Galopp, meinestwegen! . . . Mit wem wollen Sie denn ausreiten, wohl mit Melemst?“

„Und warum sollte ich nicht mit ihm ausreiten, Sie Wider? Nun, beruhigen Sie sich nur,“ sagte sie hinzu, „und sagendern Sie nicht solche Bütze mit den Augen! Ich werde auch Sie mitnehmen. Sie wissen, daß ich Kaleski jetzt verachtet!“ Sie warf den Kopf zurück.

„Das sagen Sie nur, um mich zu trösten,“ murmelte Hjelomjorow.

Sinaida kniff die Augen ein wenig zusammen. „Das tröset Sie? O Sie . . . Sie . . . Sie Wider!“ sagte sie endlich, als fände sie kein andres Wort. „Nun, und Sie, Herr Melemst? Wächten Sie mit uns reiten?“

„Ich . . . in größerer Gesellschaft reite ich nicht gern . . .“ murmelte ich mit niedergedrückten Augen.

„Sie gehen ein Teles-Geste vor?“ . . . Nun, natürlich, wer

jeinen Reigungen folgen kann,“ sagte sie mit einem Seufzer. „Nun, dann gehen Sie, Hjelomjorow, und geben Sie sich rechte Mühe; zu morgen muß ich jedenfalls ein Pferd haben.“

„Ja, aber woher sollen wir das Geld nehmen?“ mißte sich die Mutter in das Gespräch.

Sinaida zog die Augenbrauen zusammen.

„Ich werde Sie nicht um Geld bitten; Hjelomjorow gibt mir Kredit.“

„Kredit! Kredit! . . .“ murmelte die alte Fürstin und rief dann auf einmal aus vollem Halse nach dem Stubenmädchen: „Dunjaschka!“

„Wohr Rama, ich habe Ihnen doch eine Klingel geschickt!“ bemerkte Sinaida.

„Dunjaschka!“ rief die Alte noch einmal.

Hjelomjorow empfahl sich; ich ging mit ihm zugleich. Sinaida hielt mich nicht zurück.

XIV.

Am folgenden Morgen stand ich früh auf, schnitt mir einen Schwanz und ging ins Freie, über den Schlagbaum hinaus. Ich meinte, eine kleine Wanderung werde meinen Kummer mindern. Es war ein schöner Tag, heiter und nicht zu heiß. Ein murriger, trübsamer Wind trieb leise rauschend und spielend über die Erde hin; er setzte alles in Bewegung, ohne doch irgendwo Unruhe herbeizubringen. Lange trieb ich mich auf den Bergen und in den Wäldern umher, ohne mich dabei gütlich zu fühlen. Wie ich denn von Hause weggegangen war mit der Absicht, mich meinen wehmütigen Gedanken zu überlassen; — aber die Jugend, das schöne Wetter, die frische Luft, das Vergnügen an dem raschen Gehen, die Sonne, einsam im dichten Grase zu liegen, hatten schließlich ihre Wirkung: die Erinnerung an jene unvergesslichen Worte und an jene Küsse wurde wieder lebendig und verdrängte alles andre. Es war mir angenehm zu denken, daß Sinaida doch nicht umhin könnte, meiner Entschlossenheit und meinem Geldermut Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. . . . Kögen andre in ihren Augen heute sein als ich, dachte ich. „Meinestwegen! Aber dafür sagen andre nur, was sie tun werden, und ich habe etwas getan! Und was wäre ich nicht noch alles imstande für sie zu tun?“ Meine Phantasie erging sich im Spiele der Erfindungen. Ich stellte mir vor, wie ich sie aus den Händen der Feinde erretten, wie ich, ganz mit Mut überströmt, sie aus dem Gefängnis befreien, wie ich zu ihren Füßen niederwürde. Ich dachte an ein Gemälde, das bei uns im Salon hing: „Malek Abdel entführt Ratsibiden,“ und dann bedrückte

*) Eine Szene aus dem Roman „Ratsibiden“ des Marquis de Custin (1770—1807).

ich mich mit einem großen Buntspecht, der eifrig an dem schlanken Stamm einer Birke hinaufstieg und unruhig dahinter herborstapfte, bald rechts, bald links, wie ein Musikant hinter dem Halbe seines Kontrabasses.

Dann sang ich „Es gleicht kein Säme an Weiße“ und ging hierauf zu dem damals sehr beliebten Lied über „Ich warte deiner, wenn der Westwind leist“; demnächst deklamirte ich laut Jermans Monolog an die Sterne aus Chonjatows Tragedie. Ich versuchte, selbst ein Gedicht zu machen, im Geiste der Gefühlslage, und erfuhr auch wirklich eine Zeile, mit der das ganze Gedicht schließen sollte: „O Sinaida, Sinaida!“; aber weiter brachte ich nichts zustande. Inzwischen rückte die Zeit des Mittagessens heran. Ich stieg in eine Schlucht hinab; ein schmaler, sandiger Weg schlängelte sich durch sie hin und führte nach der Stadt zu. Ich verfolgte diesen Weg . . . Ein dumpfes Geräusch von Pferdehufen erscholl hinter mir. Ich sah mich um, blieb unwillkürlich stehen und nahm die Mühe ab: ich erblickte meinen Vater und Sinaida. Sie ritten nebeneinander. Mein Vater sagte etwas zu ihr, wobei er sich mit dem ganzen Oberkörper zu ihr hinüberbog und sich mit der Hand auf den Hals des Pferdes stützte; er lächelte. Sinaida hörte ihm aufmerksam zu, mit ernst gezeigten Winken und zusammengepreßten Lippen. Ich sah zunächst nur sie beide; erst einen Augenblick später erschien an eineiegung der Schlucht herum Hjelomjorow, in Uniform mit dem Dolman, auf einem schwarzbraunen Rappen. Das treifliche Pferd schüttelte mit dem Kopfe, schnob und rannte; denn der Reiter hielt es zurück und gab ihm gleichzeitig die Sporen. Ich trat zur Seite. Mein Vater sagte die Fägel wieder fester und bog sich von Sinaida zurück; sie hob langsam die Augen zu ihm auf, und beide setzten sich in Galopp. Hjelomjorow jagte mit klirrenden Säbel hinter ihnen her. „Er ist rot wie ein Krebs,“ dachte ich, „und sie . . . Vater ist sie so blaß? Dem ganzen Vormittag ist sie geritten, — und dabei so blaß?“

Ich verdoppelte meine Schritte und langte kurz vor dem Mittagessen zu Haus an. Mein Vater sah bereits, ungeschicklich gewandert und schief, neben dem Lehnbuhl meiner Mutter und las ihr mit seiner gleichmäßigen, wohlwollenden Stimme das neueste aus dem „Journal des Debats“ vor; aber meine Mutter hörte ohne rechte Aufmerksamkeit zu, und als sie mich erblickte, fragte sie mich, wo ich denn den ganzen Tag über geblieben wäre, und wie ich nun, sie konnte es nicht leiden, wenn man sich Gott weiß wo und Gott weiß mit wem herumtreibe. Ich wollte schon antworten, als ich ganz allein in der Stube stand, aber einigemal auf meinen Vater schweigend, dann nur selbst über den Grund des Lachens zu sein.

Nachrichten aus der Provinz.

Der Kommunalverband.

Der Mitteldeutsche Arbeitgeberverband der Kreise und Gemeinden (der Kommunalverband) entwickelt sich immer mehr zu einer bedeutungsvollen Organisation. Bisherig gehörten ihm 130 öffentliche Körperschaften, darunter alle Landkreise und Städte der Provinz Sachsen und Anhalt, an. Der Zweck des Verbandes ist in der Hauptsache, die Wahrnehmung der Interessen der Gemeinden in ihrer Eigenschaft als Arbeitgeber. Deshalb ordnet der Verband alle Arbeiter- und Angestelltenfragen und zu einem guten Teile auch die Beamtenangelegenheiten. Vornehmlich geschieht dies auf dem Wege von Tarifabschlüssen, Schlichtung und Entscheidung von Streitigkeiten usw. Der Verband hielt wieder im Stadthaus in Halle eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab.

Der Syndikus des Verbandes, Feuerherdt, sprach über „Verbindliche Löhne“. Er wendet sich gegen die Bindung der Kommunalverwaltungen an die Lohnpolitik des Reiches, da jede zentrale Regelung zu einer Überbeanspruchung und Erhaltung führt. Bei den sich überhörenden wirtschaftlichen Verhältnissen sei es schwer gewesen, einheitliche Richtlinien in die Lohnpolitik hineinzubringen. In der Ansprache wurde von einigen Rednern Kritik an den Lohnverhandlungen des Verbandes geübt, die eine schwere Belastung der mittleren Städte gebracht haben. Besonders wurde bemängelt, daß die Spannung der Löhne zwischen den gelehrten und den ungelehrten Arbeitern eine zu geringe sei.

Von andern Vertretern wurde betont, daß die Löhne der Gemeindefunktionäre im Vergleich zu denen der Industrie durchaus nicht zu hoch seien. Die Wirtschaftlichkeit der kommunalen Betriebe hänge nicht nur von der Lohnfestsetzung ab. Die Großstädte zügelten auch durchwegs nicht die Löhne hoch, sondern wirkten im Gegenteil herabdrückend. Im weiteren hielt Bürgermeister Götthe (Bernburg) einen Vortrag über den neuen Reichsmantelvertrag für die Gemeindefunktionäre.

Den weiteren Verhandlungsgegenstand bilden die Streike in gemeinnützigen Betrieben und Notstandsarbeiten. Den Vortrag hierzu hielt Herr von Hohenberg (Magdeburg) als Vertreter der Technischen Nothilfe. Er schilderte besonders die großen Nachteile der Stilllegung lebenswichtiger Betriebe, wie Licht-, Kraft- und Wasserwerke, und wie hier Betriebsunterbrechungen vermieden werden können. Die Verarmung schloß sich dieser Auffassung an und beauftragte den Verbandsvorstand, die erforderlichen Verhandlungen mit der Technischen Nothilfe zu führen.

Der letzte Punkt der Tagesordnung betraf die mangelhaften Geldverhältnisse des Verbandes. Es mußte Bankkredit in Anspruch genommen werden, der aber in wünschenswertem Umfang nicht zu erlangen sei, weil der Verband zuwenig Sicherheit biete. Es wird deshalb in die Satzung eine Bestimmung aufgenommen, nach der die Gemeinden während ihrer Verbandszugehörigkeit für die Verbindlichkeiten des Verbandes haften. Bei einem Auscheiden haften sie für die Verbindlichkeiten, die während ihrer Verbandszugehörigkeit entstanden sind. Weiter wird dem Verbandsvorstand das Recht eingeräumt, die Beiträge zu erhöhen wie die Stundenlöhne steigen, wogegen aber Berufung an die Mitgliederversammlung zulässig ist.

Zum Schluß wurde noch über Prüfungsausschüsse für Angestellte und Beamte gesprochen. Die Kreisverwaltungsverwaltung Herbst hatte angeregt, als Beamtenauswähler wie beim Staat nur junge Leute einzustellen, die mindestens das Reifezeugnis für die Unterprima eines Gymnasiums haben. Der Antrag ist aber, abgesehen von grundsätzlichen Bedenken, keine Weiterverfolgung gegeben worden, weil sie in kleineren und mittleren Städten gar nicht durchführbar ist. Der Staatsrat für Anhalt hat angeordnet, daß Beamtenauswähler 40 bis 60 v. H. des Anfangsgehalts derjenigen Gruppe erhalten, in der sie zuerst planmäßig angestellt werden.

Kreis Kalbe.

Kalbe a. d. S. Gegen den Wucher. Um jeden Wucher im Warenverkauf zu unterbinden, ist jetzt ein Wucher mit der Überwachung des Handels beauftragt worden. Es ist ihm das Recht gegeben, die Rechnungen über Novemberbesätze anzusehen. Er kann, sollte ihm die Einsicht in diese Rechnungen verweigert werden, kurzerhand den Laden schließen und die Ware beschlagnahmen. Diese Beschlagnahme wird aufrechterhalten, wenn Wucher festgestellt wird. Die besondere Strafe wird Gefängnisstrafe sein, außerdem wird dem Verurteilten dann die Handelslaubkarte entzogen.

Schönebeck. Genosse Ladebeck's Begräbnis. Unter harter Beteiligung wurde Genosse Bürgermeister Wilhelm Ladebeck zur letzten Ruhestätte gebracht. Wie sehr der Verstorbenen in allen Kreisen geschätzt und geschätzt worden ist, bewies auch die starke Teilnahme seiner Gegner, die ihm im Tode die letzte Ehre erwiesen. In seiner Trauerrede hob Dr. Köhler noch einmal die Verdienste des Verstorbenen um die Arbeiterbewegung hervor. Unter den Klängen von „Wie sie so janzuzum“ wurde der Sarg in die Gruft geleitet. Genosse Buz vier dem Toten in kurzen, kernigen Worten die letzten Grüße seiner Partei nach. Regierungspräsident Bergemann (Merseburg) und Landrat Köp (Kalbe) legten Kränze nieder. Es folgten kurze Ansprachen der Vereine und Gewerkschaften. Größere Fabriksbetriebe hatten es sich nicht nehmen lassen, Abordnungen mit Kränzen zu senden. Wir aber wollen im Sinne des Toten weiterarbeiten.

Schönebeck. Für die Volkstüche. Wie sehr man die Notwendigkeit einer Volkstüche für die notleidende Bevölkerung bejaht hat, beweisen die Spenden, die jetzt von allen Seiten der Bürgerschaft eingeht. Besonders lobenswert sind einige Gelangvermeine, die Wohltätigkeitsabende veranstalten. Von solch einer Veranstaltung konnten vor 2 Tagen weit über 100 Millionen abgeliefert werden. Am kommenden Dienstag, 11. Dezember, veranstaltet im „Stadtparl“ der Gelangverein Mannherg wiederum ein solches Konzert. Allem Anschein nach wird es eine Massenbeteiligung aufzuweisen haben. Wenn zu Anfang in der Volkstüche 100 Portionen täglich veräußert werden sollten, so sind jetzt täglich 250 Liter (Portion 1 Liter) zu kochen. Von diesen 250 Portionen werden täglich 50 bis 60 unentgeltlich durch das Unterstützungsausschuss abgegeben. Für die weiteren Portionen wird wöchentlich ein geringer Beitrag gezahlt. Das Essen wird aufs sauberste hergestellt. Die Fleischermeister am Orte sorgen laufend dafür, daß unentgeltlich auch die nötigen Futtermittel geliefert werden. Für Heizungsmaterial sorgen die größeren Holz- und Kohlenfirmen sowie die Zündhütchenfabrik. Größere Geldsummen werden sofort wertständig in Waren angelegt. Der Ansturm des Magistrats hat also einen vollen Erfolg gehabt und wird auch fernerhin der Unterstützung der Bevölkerung sicher sein.

Staßfurt. Stadtverordneten-Sitzung. Eine lebhaft debattierte die Art, mit der verwaltungsmäßig die Trennung der Wohlfahrtspflege der Stadt von der des Vaterländischen Frauenvereins vollzogen wurde. Es werden künftig zwei Schwereketten nötig werden, die ihren Sitz im städtischen Krankenhause nehmen. Es ist der Ausbau der gewerblichen Berufsschule geplant. Die umliegenden Dörfer sollen mit einbezogen werden. Die vorgelegten Lehrstellen wurden gegen den Einspruch des Vertreters der Industrie genehmigt. Stadtverordneter Seigt fragte an, ob die Milch für die Kinder sicher gestellt ist. Stadtrat Stölze teilte mit, daß zu Weihnachten Milchmisch beigestellt wird. Die Volks-Vadeauhalt ist wieder eröffnet. Es sollen Branntwein 25, Wannenbäder 75 Goldpfennige. Einen regen Betrieb entwickelt die Volkstüche, in der täglich 400 Portionen ausgegeben werden. Erster Bürgermeister Dr. Berger gibt Spenden der Industrie zu Wohlfahrtszwecken bekannt. Schlossermeister Walther wird zum Bauernrat gewählt. Große Arbeitslosigkeit wird durch den Abbau in der Kaliindustrie eintreten. Es soll Industrie von außerhalb herangezogen werden. Der von außerhalb beim Wasserwerk eingeschaltete letzte Arbeiter repariert Wassermeister, die vorliegende Beschwerde ist erledigt. Ein Zwang für Privatbeschäftigten im städtischen Schlachthaus besteht nicht. Stadtverordneter Grotzke bemängelt die Haltung der Schutzpolizei bei den Milchpolizisten. Stadtverordneter Grotzke kritisiert den niedrigen Satz der Arbeitslosenunterstützung. Verschiedene Fälle weisen auf die Rückständigkeit der Stadtverwaltung hin. Sardin. Wäschewapp erläutert die Jahresrechnung 1916/17, der letzte Monatsabschluss hat infolge Arbeitsüberbürdung der Beamten nicht fertiggestellt werden können. Bemängelt wird die un-

regelmäßige Anweisung der Gelder an die Gewerkschaften und Sozialrentner. Grotzke schlägt die Ausgabe von Guthabern vor. Erster Bürgermeister Dr. Berger für Völkche an. Die Grundsteuer für unbefaute Grundstücke wird festgesetzt auf 2000 Prozent, die Gewerbesteuer und Betriebssteuer auf 25 000 Prozent. Die Hundesteuer beträgt künftig 1,50 Goldmark für den Monat. Für Zwingerhund 3 Goldmark. — Fugend. Am Dienstag abend 7 1/2 Uhr findet im Jugendheim (Höhe) eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Sozialistischen Arbeiterjugend statt. Genosse Meißner selbst spricht über „Die politischen Ereignisse in Deutschland in die Jugend“. Der Beitrag für Dezember beträgt 20 und 10 Goldpfennige. — Die Metallarbeiter der W. S. P. D. melden sich Mittwoch abend 7 1/2 Uhr im Parteilokal.

Misere. Den Seelenfang betreibt der „Stahlfabrik“ in veräffelter Weise. Häufig finden Veranstaltungen statt, bei denen es an Essen und Trinken nicht fehlt. Auch in Wohltätigkeit macht der Verein immer mehr. Den reichen Leuten, die dem Verein nachsehen, formt's also nicht darauf an. Der Zweck öffnet die Taschen. Aber wenn Steuern bezahlt werden sollen, ist's anders. — Die Arbeitgeber der größeren Betriebe im Bezirk des Arbeitsnachweises Nachereisen war von dessen Vorsitzenden zu einer Versammlung zusammenberufen worden, um Maßnahmen zur Verminderung der Arbeitslosigkeit zu besprechen. Genosse Klees wies auf die neue Verordnung vom 13. Oktober 1923 über Betriebsstilllegung und Arbeitsfreistellung hin, nach der Arbeiterentlassungen nur unter bestimmten Voraussetzungen möglich sind. Auch habe man den Arbeitgebern und Arbeitnehmern deshalb Beiträge zur Arbeitslosenversicherung aufzulegen, um sie an der Verminderung der Zahl der Arbeitslosen zu interessieren. „Das einzige, was auf einige Richtlinien. Die Arbeitgeber sollen ermahnt werden, Arbeiterentlassungen nicht mehr vorzunehmen und wöchentlich mindestens 4 Tage zu arbeiten. Sie sollen auch Arbeitsgelegenheiten erschließen, die mit dem Betrieb nur mittelbar zusammenhängen, wie z. B. die Einweihung von Bruchfeldern bei den Schächten. In die Gemeinden und besonders die Stadt soll das Geschick gerichtet werden, den Wohnungsbau stärker zu betreiben. Die Pflichtarbeit der Arbeitslosen soll strenger durchgeführt werden. — In der Berechnung der Miete ist im Dezember eine Veränderung eingetreten. Für Verwaltung und Reparaturen und Zinsen zusammen werden jetzt rund 17 348 Milliarden Prozent zugeschlagen.

Gute und billige Weihnachtsbücher

aus unsern Beständen sind zu haben

Magdeburg-Mecklenburg, im „Wintergarten“, Friedrichspt.,
Magdeburg-Südendurg, Gasplatz zum goldenen Löwen
Halberstädter Straße 56,

Burg, Otto Wegscheid, Pulverstraße 10,
Dachborn, Hermann Koch, Lange Straße,
Wanzleben, Frau Schulze, Kemnersleber Straße,
Stendal, Parteisekretär Müller, Brüderstraße 16,
Halberstadt, „Halberstädter Tageblatt“,
Schönebeck, Erdmme, Republikstraße,
Thale, Ernst Wallasch, Joachimstraße 25.

Buchhandlung Volkstimme.

Kreis Wanzleben.

Groß-Ostleben. In gemeinsamer Mitglieder-versammlung der Bezirke referierte Genosse Silberich mit über die Gründe der Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz. Die Unruhmisshandlung der Massen mit all dem, was seit dem Umsturz 1918 geschehen ist, kann man verstehen, wenn man bedenkt, wie der Krieg die Hirne und Seelen der Massen beeinflusst hat. Besonders die Nachkriegszeit mit ihrer Umwälzung im ganzen Wirtschaftsprozess, das sich in der Arbeitslosigkeit und der Gefährdung des Berufs von 90 Prozent aller Arbeiter, Beamten und Angestellten bemerkbar macht. Fräntlich hat ein großer Teil der Arbeiterschaft geglaubt, der Umsturz des politischen Lebens unter Staatsgefüg sei eine Revolution im Sinne sozialistischer Auffassung gewesen. Die Produktionswirtschaft war nicht reif zu einer Umgestaltung, was die Feststellungen der Sozialistischen Kommission beweisen haben. Trotzdem die deutsche Wirtschaft wie nie zuvor abhängig vom Ausland ist, hat eine Erstickung des Kapitalismus und seiner Macht stattgefunden, die sich bei allen Verhandlungen auch im Reichstag deutlich bemerkbar machte. Wir waren zu Koalitionsregierungen gezwungen, da wir allein eine Regierung infolge fehlender Stimmenmehrheit nicht stellen konnten. Die Vorgänge in Sachsen, Bayern usw. haben unsere Genossen zum Rücktritt aus der Regierung Stresemann gezwungen, da sie nicht die Verantwortung für die Wirtschaft über-nehmen konnten. Es blieb nun der einzige Weg, entweder dem Ermächtigungsgesetz zuzustimmen oder der Regierung die Möglichkeit zu geben, auf Grund des § 43 der Verfassung uneingeschränkt und unkontrollierbar in Zukunft eine Reichsregierung zu regieren. Diese letztere Möglichkeit war der Wunsch der Deutschnationalen. Im Reichsrat stimmten sie für das Gesetz, um die Sozialdemokraten zu veranlassen, im Reichstag gegen das Gesetz zu stimmen. Diesen Wahltritt hat die Mehrheit der Fraktion erkannt. Durch den Druck der Partei hat die Regierung dem Reichsrat das Recht zugegeben müssen, eine auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassene Verordnung aufheben zu können. Dem Reichstag steht das selbe Recht zu. Die Fünfjahres-Kommission hat das Recht der Begutachtung, durch das Ermächtigungsgesetz werden Verordnungen über die schnellste Einbringung der Steuern, Pfändungsfinanzierung und andres mehr erlassen werden. Die Fraktion glaubt durch die Zustimmung der Regierung keine Macht gegeben, sondern ihr eine größere, schon bestehende Macht nach § 43 genommen zu haben. Unter gerechter Anerkennung der ehelichen Motive der Fraktionsminderheit war kein anderer Ausweg als der eingeschlagene, nämlich, um der Arbeiterschaft nicht größere Nachteile zu schaffen. Wahlen wären im Rheinland ganz unendlich gewesen, was zu dem Erfolg für die Separatisten umgeschlagen wäre. Die reichliche und fruchtbare Diskussion erkannte die Gründe fast alles gemeinsam an und stimmte mit dem Referenten überein, daß ein festes Zusammenhalten der Parteigenossen gerade in dieser Zeit das dringendste Erfordernis sei.

Groß-Ostleben. Sozialdemokratischer Verein. In der Mitgliederversammlung am Donnerstag sprach der Genosse Schrader zum über die Arbeitslosenfrage. Er entwickelte ein verhältnismäßig Programm, nach dem mit den Mitteln der produktiven Arbeitslosenfrage vornehmlich der Häuserbau gefördert werden könne. Die neue Verordnung verpflichtet die Arbeitgeber, die Unterbringung beanspruchten, zu einer gewissen Arbeitsleistung. Durch diese Arbeitspflicht würde den Arbeitslosen Gelegenheit gegeben, der Gesellschaft Werte zu schaffen, die die Unterbringung selbst aufwiegen würden. Besonders künften sie sich bei der Herstellung von Luft- und Wasserwerkzeugen betätigen, wozu keine besonderen Vorkenntnisse nötig seien. Wenn der Winter hierzu ausgenutzt würde, könnte im Frühjahr sich selbst mit einer großzügigen Baumaße begnügen werden. Da die Regierung für die produktive Arbeitslosenfrage den doppelten Satz der jetzigen Unterstützung zur Verfügung stellt, könnten nicht allzuhohe Kosten. Da sich die Bauhütte Magdeburg zur Beschaffung des Materials sowie zur Schaffung der erforderlichen Räume zur Herstellung der Steine bereit erklärt hat, sei es an der Zeit, daß der Gemeindevorstand das ganze Problem durch eine Kommission von Sachverständigen, Gemeindevorstellern und Vertretern der Arbeitslosen beraten und die Einzelheiten festlegen läßt. Vom Genossen Sieg wurde Klage geführt, daß die Gemeinde durch die Klageung von

Baugeschäften die private Bauaktivität lahmgelegt habe. Genoss. Wille hielt richtig, daß die Gemeinde beabsichtigt habe, die Bauaktivität durch Klage zu überwinden, um mit den Mitteln der Gemeinde Sachver. zur der Allgemeinheit und nicht für einzelne zu schaffen. Die Klage wurde abgefragt und wurde kurz besprochen, da man von Seiten der Bauherren an die Adresskommission herangetreten ist. Die wichtigste Sitzung am 24. d. M. eine Wirtschaftssitzung, worauf die wichtige Sitzung die Verarmung aufmerksamer macht. — Da die Klage für Dezember anderweitig nach einer Verordnung des Volkswohlfahrtsamters festgelegt werden müssen, hat der Gemeindevorstand beschloffen, als Miete das 290milliardefache der Friedensmiete festzusetzen. Ist z. B. im Frieden für eine Wohnung 10 Mark gezahlt, so sind für Dezember 2 Millionen 900 Milliarden Mark zu zahlen. Für Benutzung des Waschhauses 5 Goldpfennig, für den Rest 10 Goldpfennig, für Schlachten im Waschhaus 50 Goldpfennig zu entrichten. —

Altmarkt.

Tangerntube. Nab j a h r e r. Am Sonntag tagte die Generalversammlung des Arbeiter-Radfahrervereins Wanzleben. Der Bericht des Vorstandes gab Zeugnis von der regen Arbeit des Vereins. Finanziell steht der Verein gut da. Er zählt 250 Mitglieder. Der Dezemberbeitrag beträgt 60 Pfennig, vom 1. Januar an sind 30 Pfennig zu zahlen. Vom 1. Januar an soll wieder „Der Arbeiter-Radfahrer“ erscheinen. Die Wahl des Vorstandes hatte folgendes Ergebnis: Erster Vorsitzender Ratschmal, Stellvertreter Ehrlich, erster Kassierer Pfaffroth, Stellvertreter Böhm, erster Schriftführer Reicher, Stellvertreter Vorstel, Saalfeldwart Schulze und Prozel. Straßenfahrwart Biermann, Weichler, Tangelmann und Pfelefeld. Ferner wurde beschloffen zu Silvester ein Vergnügen abzuhalten. Der Bericht vom Sportklub wurde entgegengenommen. —

Aus der Jugendbewegung.

Verband der Sozialistischen Arbeiterjugend. Die Verbandsleitung hatte eine Reichsausschuss-Sitzung einberufen. Zur Debatte standen die Stellung des Verbandes zur kommunistischen Jugend, die Frage der Zusammenarbeit mit den bürgerlichen republikanischen Jugendverbänden, die Ausgestaltung der Zeitschrift und interne organisatorische Fragen. Der Vorsitzende, Genosse Westphal, gab einleitend eine Übersicht über die Entwicklung des Verbandes und über die Tätigkeit des Verbandsvorstandes seit dem Nürnberger Jugendtag. Der Nürnberger Jugendtag, der in jeder Beziehung einen vollen Erfolg brachte, hat eine lebhafteste Aufwärtsbewegung in allen Teilen des Reiches ausgelöst, die allerdings sehr stark behindert wurde durch die politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Es konnten nur etwa 60 Delegierungen erfolgen. Der Marxismus und die zunehmende Arbeitslosigkeit hat den Verbandsvorstand zu starken Einschränkungen in der Verbandszentrale gezwungen, während in den Bezirken die Jugendbetriebe zum Teil eingeschränkt, zum Teil nur unter den größten Anstrengungen aufrechterhalten werden konnten. Zur Stärkung der finanziellen Mittel wurden die Verbandsbeiträge eingefordert und von den Mitgliedern ein Notopfer in Höhe eines Stundenlohns abgefordert. Der Erfolg war in Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit unter der Jugend sehr gut. Der Verbandsvorstand hat alle Kräfte darangesetzt, die sozialen Interessen der Jugend zu wahren. Er hat bei der Beratung des Entwurfs der Lehrlingsordnung und des Arbeitszeitgesetzes die Forderungen der arbeitenden Jugend geltend gemacht. Er hat an allen Besprechungen zur Befreiung der Arbeitslosigkeit unter der Jugend teilgenommen und durch den Ausschuss der deutschen Jugendverbände mit allen übrigen deutschen Jugendorganisationen gemeinschaftlich alles versucht, um das große soziale Elend der Jugend soweit wie möglich zu lindern.

Die Entwicklung in Sachsen, die zu einem Zusammengehen mit den Kommunisten führte, hat auch für den Verband die Frage von neuem aufgerollt. Der Verbandsvorstand verhält sich ablehnend, da nach seiner Auffassung die Kommunisten selbst in Sachsen ihre Politik nur darauf einstellen, die sozialistische Bewegung zu unterminieren und die Masse zu radikalisieren, am sie im gegebenen Augenblick in das kommunistische Lager abzuführen, während ihnen an einer wirklichen Zusammenarbeit nichts liegt. Dagegen hat der Verbandsvorstand es für nötig gehalten, in dieser kritischen Zeit für die Republik alle entschiedenen republikanischen Kräfte zu sammeln.

Es kam zu einer sehr eingehenden Aussprache über die verschiedenen Probleme, in der sich ergab, daß die sächsischen und Thüringischen Genossen mit ihrer Forderung nach einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten nicht einverstanden sind. Bezüglich der republikanischen Grundgedanken gingen die Meinungen ebenfalls auseinander. Eine Resolution der Berliner Genossen, die im ersten Teile gegen die Rundgebung der republikanischen Jugendorganisationen in Berlin protestiert, im zweiten Teile fordert, daß die Beziehungen zu den bürgerlichen republikanischen Jugendorganisationen nicht enger gefaßt werden, als dies auf der letzten Reichskonferenz beschloffen wurde, und im dritten Teile den Hauptvorstand beauftragt, in der nächsten Zeit mit bürgerlichen Organisationen nicht zusammenzugehen, wurde im ersten und zweiten Teil angenommen, während der dritte Teil abgelehnt wurde. Einstimmige Annahme fand eine von den sächsischen Genossen eingebrachte Resolution, die folgenden Wortlaut hat:

Die am 11. November 1923 in Berlin tagende Reichsausschussung des Verbandes der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands protestiert entschieden und mit tiefer Abneigung gegen das brutale Vorgehen deutscher Reichswehr gegen die trotz der furchtbaren Not friedliche Bevölkerung des Freistaates Sachsen.

Durch ein derartiges Vorgehen wird das Vertrauen der Jugend zur Republik erschüttert. Der Reichsausschuss fordert seine Mitglieder auf, ihre ganze jugendliche Kraft und Begierde für ihr ganzes Wollen und Können auf die Erringung der sozialistischen Republik einzusetzen.

Eine Resolution, die während der Debatte eingebracht wurde, in der auch die Abhaltung einer Sonderkonferenz der Opposition eine Rolle spielte, wurde ebenfalls einstimmig angenommen.

Der Reichsausschuss beurteilt auf das Schärfste die Einberufung einer Sonderkonferenz sogenannter oppositioneller Jugendgenossen. Er hält dieses Vorgehen für den gefährlichsten Schritt zur Zerschlagung der Organisation und muß sich aus diesem Grunde für die Zukunft die härtesten Maßnahmen zur Verhütung derartiger Zusammenkünfte vorbehalten.

Zum Schluß stimmte die Reichsausschussung nach dem Bericht des Hauptvorstandes zu, vom 1. Januar 1924 an die „Arbeiter-Jugend“ auszugeben und in neuer Aufmachung herauszubringen. —

Kleine Chronik.

Für Wein, Weib, Silber gehen wir die Wohnung her! Recht erbauliche Zustände aus der Wohnungsinspektion II Schöneberg bei Berlin kamen vor der 1. Strafkammer des Landgerichts in einer Vernehmungsbearbeitung gegen den früheren Wohnungsbeamten, den Architekten Heinrich Pöschel, der wegen Verletzung angeklagt war, zur Sprache. Der Kaufmann Robert Kaptein führte seit Jahren einen Kampf um seine Wohnung in der Arnstädterstraße. Infolge einer Beschlusse an das Zentralwohnungsamt und den Oberpräsidenten wurde der jetzige Angeklagte Pöschel zu 500 000 Mark Geldstrafe verurteilt. In der neuen Verhandlung überließ Pöschel als Zeuge seinen Lebensweg. Er habe von seiner 8-Zimmer-Wohnung in der Kurfürstendamm, nachdem seine Eltern von dort fortgezogen waren, fünf Zimmer vermielet. Im Juni 1920 sei ihm plötzlich der Bescheid geworden, daß seine drei Zimmer beschlagnahmt seien und er sie ohne

